

Auftrag Cramerî betreffend Beschleunigung Baubewilligungsverfahren

Die Wohnungsknappheit beschâftigt den Kanton Graubünden seit Jahren, wobei sich das Problem in den letzten Jahren akzentuiert hat. Durch die Umsetzung von RPG I wird das Bauland weiter reduziert und die bebaubare Fläche verkleinert. Immer mehr Menschen leben damit auf immer engerem Raum. Konflikte sind dadurch vorprogrammiert. Selbst der Bund hat im Aktionsplan Wohnungsknappheit, Runder Tisch vom 13. Februar 2024, festgestellt, dass Einsprachen zuweilen darauf abzielen, Bauprojekte zu verzögern oder zu verteuern (Seite 9).

Seit dem 1. November 2005 sind das kantonale Raumplanungsgesetz vom 6. Dezember 2004 (KRG; BR 801.100) und die kantonale Raumplanungsverordnung (KRVO; BR 801.110) in Kraft. Hauptziel bildeten damals – so die Botschaft vom 11. Mai 2004 – Massnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung der raumplanerischen Verfahren, welche in den vergangenen Jahren von verschiedener Seite als zu lange, schwerfällig und teuer kritisiert wurden.

In den vergangenen 20 Jahren haben sich nicht nur die rechtlichen Vorgaben im Raumplanungsrecht (RPG I und RPG II) und in zahlreichen weiteren Rechtsgebieten mit raumwirksamen Einflüssen des Bundes, sondern auch das formelle Recht und die Rechtsprechung dazu weiterentwickelt: Seit dem 1. Januar 2007 hat das kantonale Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG; BR 370.100) vom 31. August 2006 wesentlichen Einfluss auf raumplanerische Verfahren und Bewilligungsverfahren für den Kanton und die Gemeinden. Die in den letzten 15 Jahren erfolgte rasante Entwicklung der Digitalisierung hat auch in der Raumplanung und im Baubewilligungsverfahren massiven Einfluss. Letztes Jahr ist die Plattform ebau.gr.ch in Betrieb genommen worden. Die künstliche Intelligenz (KI) schreitet mit grossen Schritten voran. Eine grosse Zahl von Gerichtsentscheidungen über die gesamte Schweiz sind allgemein zugänglich geworden und beeinflussen das Raumplanungs- und Baurecht stark.

Das geltende Einspracheverfahren ist nach gut 20 Jahren seit In-Kraft-Treten des KRG und der KRVO einer grundlegenden Überprüfung zu unterziehen, mit dem Ziel, das Baubewilligungsverfahren im kantonalen Instanzenzug (erstinstanzlich und zweitinstanzlich) deutlich zu beschleunigen.

Die Regierung wird vor diesem Hintergrund beauftragt, das geltende Einspracheverfahren in Baubewilligungssachen bis zur letzten kantonalen Instanz einer grundlegenden Überprüfung zu unterziehen und dem Grossen Rat Bericht und Antrag zu unterbreiten, wie dieses beschleunigt werden kann.

Chur, 24. April 2025

Cramerî, Metzger (Zuoz), Kocher, Altmann, Beeli, Berther, Berthod, Berweger, Bettinaglio, Brandenburger-Caderas, Brunold, Buchli, Bundi, Butzerin, Caluori, Candrian, Casutt, Collenberg, Della Cà, Derungs (Domat/Ems), Derungs (Lumbrein), Durisch, Dürler, Epp, Furger, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Heim, Heini, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kappeler, Kasper, Kienz, Koch, Kohler, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Lunghi, Luzio, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Metzger Biffi (St. Moritz), Michael (Donat), Mittner, Natter, Niederreiter, Patzen, Pfäffli, Rageth, Rauch, Righetti, Roffler, Rüegg, Saratz Cazin, Schneider, Schutz, Spagnolatti, Stocker, Ulber, von Tschärner, Wieland



Sitzung vom

17. Juni 2025

Mitgeteilt den

19. Juni 2025

Protokoll Nr.

463/2025

Auftrag Crameri

betreffend Beschleunigung Baubewilligungsverfahren

Antwort der Regierung

Die angesprochene Wohnungsknappheit ist durch viele Faktoren bedingt, u.a. weil pro Person mehr Fläche verbraucht wird bzw. die Anzahl Personen pro Haushalt stetig abnimmt. Die Anzahl Haushalte wächst stärker als die Bevölkerung. Gemäss RPG1 müssen Bauzonen bedarfsgerecht dimensioniert sein (dies wurde jedoch bereits vor RPG1 vom Bundesrecht verlangt). Der Kanton ist stets darauf bedacht, die Handlungsspielräume weitestmöglich auszuschöpfen und den Gemeinden das grösstmögliche Planungssermessen zu belassen. Selbst mit der nötigen Reduktion sollte daher genügend Bauland zur Verfügung stehen, soweit die Gemeinden die Reserven konsequent mobilisieren. Demgegenüber werden Baueinsprachen tatsächlich manchmal aus fraglichen Gründen erhoben. Dies kann jedoch in einem Rechtsstaat nicht verhindert werden. Das Einspracheverfahren (Art. 92 des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden, KRG; BR 801.100, und Art. 45 f. der Raumplanungsverordnung für den Kanton Graubünden, KRVO; BR 801.110) ist gemäss den von der höchstrichterlichen Rechtsprechung entwickelten Minimalanforderungen ausgestaltet (Baugesch, Ausschreibung, Einspracherecht). Die Baubewilligung und der Einspracheentscheid sind einer Überprüfung durch eine kantonale richterliche Instanz zugänglich. Gewisse Bauten unterliegen nicht der Bewilligungspflicht. Das vereinfachte Baubewilligungsverfahren bei bewilligungspflichtigen, aber untergeordneten Vorhaben kann ohne Ausschreibung und Profilierung durchgeführt werden. Ebenso orientiert sich das Beschwerdeverfahren vor Obergericht gemäss dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG; BR 370.100) an den bundesrechtlichen Vorgaben und macht keinen Unterschied zwischen Bausachen und anderen Rechtsbereichen. Weiter weisen die im KRG enthaltenen Bauvorschriften auch in materieller Hinsicht einen bescheidenen Umfang auf. Die überschaubare Anzahl an Bestimmungen (Art. 72 bis 84 KRG und Art. 36 bis 39a KRVO) beschränkt sich auf Bereiche, die nach einer kantonsweit einheitlichen Umsetzung verlangen. Insgesamt sind das KRG und die KRVO stark vom Primat der Gemeindeautonomie geprägt. Angesichts der sehr geringen Regelungsdichte des kantonalen Baurechts ist nicht ersichtlich, dass eine Revision des KRG (und VRG) zu einer Beschleunigung des Baubewilligungsverfahrens beitragen könnte. Den wenigen denkbaren Anpassungen sind zudem durch

das übergeordnete Recht enge Grenzen gesetzt. So wurde beispielsweise die Auferlegung von Kosten an Einsprechende vom Bundesgericht als rechtswidrig beurteilt. Weiter wäre auch eine Beschneidung der Legitimation oder der Beschwerdegründe nicht mit den Verfahrensgarantien vereinbar. Einzig die bestehende Möglichkeit eines gemeindeinternen Instanzenzugs in Bausachen könnte durch den Kanton eingeschränkt werden. Dies stünde aber im Widerspruch zur Organisationsautonomie der Gemeinden (und es gibt nur noch vereinzelt Gemeinden, die das vorsehen). Ansonsten haben sich die Verfahren gemäss KRG bewährt. Die Bewilligungsverfahren wurden in Graubünden schon seit jeher so schlank wie nur möglich gehalten; nur minimale Vorgaben gelten. Den Gemeinden wird der grösstmögliche Handlungsspielraum belassen. Der Kanton versucht zudem stets, die Prozesse und Abläufe zu verbessern, um rascher und effizienter zu werden. Allerdings gibt es immer wieder Verzögerungen in Einzelfällen, deren Ursachen vielschichtig sein können und durch Gesetzesvorgaben nicht behebbar sind. Mit der Einführung der eBau-Plattform im Jahr 2024 sollte schliesslich ein gewichtiger Schritt zur weiteren Verfahrensvereinfachung gelungen sein. Für eine Wirkungsbeurteilung ist es aber noch zu früh. Im Übrigen haben die Entwicklungen in den letzten 20 Jahren nicht dazu geführt, dass nun Erleichterungen möglich wären, die im KRG keine Berücksichtigung gefunden hätten. Die Regierung sieht somit keinen Nutzen darin, das Einsprache- und Beschwerdeverfahren einer Überprüfung zu unterziehen. Sie wird jedoch gemäss ihrem Antrag zur Überweisung des Auftrags Derungs betreffend rasch umsetzbare Massnahmen zur Vereinfachung der Bauvorschriften im Kanton Graubünden insbesondere die Art. 40 bis 61a KRVO sowie interne Dokumente wie Wegleitungen etc. unter Einbezug verschiedener Akteure, auch der Politik und Gemeinden, überprüfen (z.B. im Rahmen von Workshops) und – sofern die Prüfung ergibt, dass zweckmässige und zielführende Massnahmen ersichtlich sind, um Beschleunigungen herbeizuführen – die entsprechenden Massnahmen ergreifen und umsetzen. Zeigt sich, dass die Möglichkeit, gemeindeintern ein zweistufiges Bewilligungsverfahren vorzusehen, besteht, kann dies natürlich aufgenommen werden. Weil der vorliegende Auftrag über eine solche Überprüfung hinausgeht und Punkte enthält, die nicht beeinflusst werden können, kann er nicht zur Überweisung empfohlen werden. Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Incumbensa Crameri concernent l'acceleraziun da las proceduras per la permissiun da construcziun

La stgarsezza d'abitaziuns fa dapi onns quitads al chantun Grischun. Quest problem è s'accentuà durant ils ultims onns. Cun la realisaziun da LPT I vegn il terren da construcziun reduci ulteriuramain e la surfatscha surbajegiabla vegn sminuida. Adina dapli personas vivan sin in spazi adina pli stretg. Conflicts èn uschia preprogrammads. En il plan d'acziun Stgarsezza d'abitaziuns, maisa radunda dals 13 da favrer 2024, ha schizunt la Confederaziun constatà, ch'ils recurs han mintgatant la finamira da retardar u d'augmentar il pretsch da projects da construcziun (pagina 9).

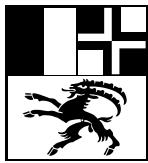
Dapi il 1. da november 2005 è en vigur la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun dals 6 da december 2004 (LPTGR; DG 801.100) e l'Ordinaziun davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (OPTGR; DG 801.110). La finamira principala eran quella giada – uschia la missiva dals 11 da matg 2004 – mesiras per simplifitgar e per accelerar las proceduras da la planisaziun dal territori, las qualas èn vegnidas crititgadas durant ils onns passads da differentas varts sco memia lungas, memia plaunas e memia charas.

Durant ils ultims 20 onns n'èn betg mo sa svilupadas vinavant las prescripziuns legalas en il dretg da la planisaziun dal territori (LPT I ed LPT II) ed en numerus ulteriurs champs giuridics federals cun influenzas sin il territori, mabain er il dretg formal e la giurisdicziun latiers. Dapi il 1. da schaner 2007 influenzescha la Lescha chantunala davart la giurisdicziun administrativa (LGA; DG 370.100) dals 31 d'avust 2006 essenzialmain las proceduras da la planisaziun dal territori e las proceduras da permissiun per il chantun e per las vischnancas. Il svilup rasant da la digitalisaziun dals ultims 15 onns ha er ina influenza massiva sin la planisaziun dal territori e sin la procedura per la permissiun da construcziun. L'onn passà è vegnida prendida en funcziun la plattafurma ebau.gr.ch. L'intelligenza artificziala (IA) s'avanza cun gronds pass. In grond dumber da decisiuns giudizialas en l'entira Svizra è daventà accessibel per tuts ed influenzescha fitg il dretg da la planisaziun dal territori ed il dretg da construcziun. La procedura da recurs vertenta sto vegnir suttamesa ad in'examinaziun totala suenter bundant 20 onns dapi l'entrada en vigur da la LPTGR e da la OPTGR, quai cun la finamira d'accelerar cleramain la procedura per la permissiun da construcziun entaifer las instanzas chantunalas (emprima e segunda instanza).

Sut quest aspect vegn la Regenza incumbensada da suttamentter la procedura vertenta da recurs concernent permissiuns da construcziun fin l'ultima instanza chantunala ad in'examinaziun totala e da preschentar in rapport ed ina proposta al Cussegl grond, co che questa procedura po vegnir accelerada.

Cuira, ils 24 d'avrigl 2025

Crameri, Metzger (Zuoz), Kocher, Altmann, Beeli, Berther, Berthod, Berweger, Bettinaglio, Brandenburger-Caderas, Brunold, Buchli, Bundi, Butzerin, Caluori, Candrian, Casutt, Collenberg, Della Cà, Derungs (Domat), Derungs (Lumbrein), Durisch, Dürler, Epp, Furger, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Heim, Heini, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kappeler, Kasper, Kienz, Koch, Kohler, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Lunghi, Luzio, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Metzger Biffi (San Murezzan), Michael (Donat), Mittner, Natter, Niederreiter, Patzen, Pfäffli, Rageth, Rauch, Righetti, Roffler, Rüegg, Saratz Cazin, Schneider, Schutz, Spagnolatti, Stocker, Ulber, von Tscharnier, Wieland



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

17 da zercladur 2025

19 da zercladur 2025

463/2025

Incumbensa Crameri

concernent l'acceleraziun da las proceduras per la permissiun da construcziun

Resposta da la Regenza

La stgarsezza d'abitaziuns menziunada vegn chaschunada da blers facturs. Tranter auter vegn utilisada dapli surfatscha per persuna resp. sa reducescha il dumber da personas per chasada cuntinuadamain. Il dumber da chasadas s'augmenta pli fitg che la populaziun. Tenor la LPT1 ston las zonas da construcziun avair dimensiuns che correspundan als basegns (quai vegniva dentant pretendì dal dretg federal gia avant la LPT1). Il chantun sa stenta adina da trair a niz las libertads d'agir uschè bain sco pussaivel e da laschar a las vischnancas il giudizi planisatoric il pli grond pussaivel. Schizunt cun la reducziun necessaria duess pia star a disposiziun avunda terren da construcziun, sche las vischnancas mobiliseschan consequentamain las reservas. Percunter vegnan protestas da construcziun mintgatant efectivamain inoltradas per motivs dispitaivels. Quai na po però betg vegnir impedì en in stadi da dretg. La procedura da protesta (art. 92 da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun [LPTGR; DG 801.100] ed art. 45 s. da l'Ordinaziun davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun [OPTGR; DG 801.110]) è concepida tenor las pretensiuns minimalas, svilupadas da la giurisdicziun dal tribunal suprem (dumonda da construcziun, publicaziun, dretg da protesta). La permissiun da construcziun e la decisiun da protesta ston pudair vegnir examinadas d'ina istanza giudiziala chantunala. Tscherts edifizis na dovran betg ina permissiun. La procedura simplifitgada per la permissiun da construcziun en cas da projects ch'èn suttamess a l'obligaziun da dumandar ina permissiun, ch'èn dentant da pitschna impurtanza, po vegnir realisada senza publicaziun e senza profilaziun. La procedura da recurs davant la Dretgira superiura tenor la Lescha davart la giurisdicziun administrativa (LGA; DG 370.100) s'orientescha medemamain a las prescripziuns dal dretg federal e na fa nagina differenza tranter fatschentas architectonicas ed auters secturs giuridics. Ultra da quai han las prescripziuns da construcziun ch'èn cuntegnidas en la LPTGR ina dimensiun modesta er en regard material. Il dumber survesaivel da disposiziuns (art. 72 fin 84 LPTGR ed art. 36 fin 39a OPTGR) sa restrenscha a secturs che pretendan ina realisaziun unitara en l'entir chantun. Tut en tut èn la LPTGR e la OPTGR caracterisadas fermamain dal primat da l'autonomia communal. En vista al fatg, ch'il dumber da regulaziuns dal dretg da construcziun chantunal è fitg pitschen, n'èsi betg

cler, ch'ina revisiun da la LPTGR (e da la LGA) pudess gidar ad accelerar la procedura per la permissiun da construcziun. Las paucas adattaziuns imaginablas èn ultra da quai limitadas fermamain tras il dretg surordinà. Uschia ha il Tribunal federal per exempel giuditgà ch'i saja illegal d'adossar custs a protestadras ed a protestaders. Plinavant na fiss er ina restricziun da la legitimaziun u dals motivs da recurs betg cumpatibla cun las garantias da procedura. Sulettamain la pussaivladad existenta d'ina via da recurs entaifer la vischnanca en cas da fatschentas architectonicas pudess vegnir restrenschiada tras il chantun. Quai stess dentant en cuntradicziun cun l'autonomia d'organisaziun da las vischnancas (ed i dat mo pli singulas vischnancas che prevesan quai). Uschiglio èn sa cumprovadas las proceduras tenor la LPTGR. En il Grischun èn las proceduras da permissiun gia adina vegnidas tegnidas uschè concisas sco pussaivel; i valan mo prescripziuns minimalas. A las vischnancas vegn dada la libertad d'agir la pli gronda pussaivla. Il chantun emprova ultra da quai adina da meglierar ils process ed ils andaments per daventar pli svelti e pli effizient. Tuttina datti adina puspè retardaments en singuls cas. Ils motivs pon esser complexs e na pon betg vegnir eliminads tras prescripziuns legalas. L'introducziun da la plattafurma «eBau» l'onn 2024 duess esser stà in pass impurtant per l'ulteriura simplificaziun da la procedura. Per giuditgar ils effects èsi dentant anc memia baud. Dal rest n'han ils svilups dals ultims 20 onns betg pussibilità facilitaziuns che na fissan betg vegnidas resguardadas en la LPTGR. La Regenza na vesa pia nagin niz en in'examinaziun da la procedura da protesta e da recurs. Ella vegn dentant ad examinar – tenor sia proposta pertutgant l'acceptaziun da l'incumbensa Derungs concernent mesiras che pon vegnir realisadas svelti per simplifitgar las prescripziuns da construcziun en il chantun Grischun – en emprima lingia ils art. 40 fin 61a OPTGR e documents interns, sco mussavias e.u.v. Quai cun involver differentas acturas ed acturs, er da la politica e da las vischnancas (p.ex. en il rom da lavuratori). En cas che l'examinaziun mussa, ch'i dat mesiras adequatas e cunvegnetas per cuntanscher acceleraziuns, vegn la Regenza a realisar quellas. Sch'i sa mussa ch'i dat la pussaivladad da prevair ina procedura da permissiun da dus stgalims entaifer la vischnanca, po quai natiralmain vegnir resguardà. Perquai che l'incumbensa qua avant maun va pli lunsch ch'ina tala examinaziun e perquai ch'ella cuntegna puncts che na pon betg vegnir influenzads, na po la Regenza betg recumandar d'acceptar l'incumbensa. Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incarico Cramerì concernente l'accelerazione delle procedure per il rilascio della licenza edilizia

Da anni il Cantone dei Grigioni è confrontato alla scarsità di alloggi e negli ultimi anni il problema si è accentuato ulteriormente. Con l'attuazione della LPT I il numero di terreni edificabili viene ulteriormente ridotto e con esso anche la superficie edificabile. Sempre più persone vivono quindi in uno spazio sempre più ristretto. I conflitti sono quindi programmati. Nel piano d'intervento contro la penuria di alloggi, tavola rotonda del 13 febbraio 2024, anche la Confederazione ha constatato che le opposizioni talvolta mirano a ritardare o a rendere più cari i progetti edilizi (pagina 9).

Dal 1° novembre 2005 sono in vigore la legge cantonale sulla pianificazione territoriale del 6 dicembre 2004 (LPTC; CSC 801.100) e l'ordinanza cantonale sulla pianificazione territoriale (OPTC; CSC 801.110). Secondo il messaggio dell'11 maggio 2004, l'obiettivo principale era costituito allora dalle misure per la semplificazione e l'accelerazione delle procedure di pianificazione territoriale, misure che negli scorsi anni sono state criticate da più parti perché eccessivamente lunghe, complicate e care.

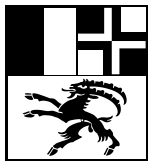
Negli ultimi 20 anni si sono evoluti non solo le direttive giuridiche nella legislazione sulla pianificazione del territorio (LPT I e LPT II) e in numerosi altri ambiti giuridici con influssi d'incidenza territoriale della Confederazione, bensì anche il diritto formale e la giurisprudenza in materia: dal 1° gennaio 2007, la legge cantonale sulla giustizia amministrativa (LGA; CSC 370.100) del 31 agosto 2006 ha un influsso importante sulle procedure di pianificazione territoriale e sulle procedure di autorizzazione per il Cantone e i comuni. Il rapidissimo sviluppo della digitalizzazione avvenuto negli ultimi 15 anni ha un enorme influsso anche sulla pianificazione del territorio e sulla procedura per il rilascio della licenza edilizia. L'anno scorso è stata messa in esercizio la piattaforma ebau.gr.ch. L'intelligenza artificiale (IA) avanza a grandi passi. Un gran numero di sentenze giudiziarie in tutta la Svizzera sono diventate accessibili a tutti e influenzano in misura importante il diritto pianificatorio ed edilizio.

Dopo oltre 20 anni dall'entrata in vigore della LPTC e dell'OPTC, la procedura di opposizione vigente va sottoposta a un esame approfondito con l'obiettivo di accelerare sensibilmente la procedura per il rilascio della licenza edilizia nelle vie di ricorso cantonali (di prima e di seconda istanza).

Sulla base di quanto esposto, il Governo viene incaricato di sottoporre a un esame approfondito fino all'ultima istanza cantonale la procedura di opposizione vigente nelle questioni relative alla licenza edilizia e di presentare al Gran Consiglio un rapporto e una proposta sulle modalità atte ad accelerare tale procedura.

Coira, 24 aprile 2025

Cramerì, Metzger (Zuoz), Kocher, Altmann, Beeli, Berther, Berthod, Berweger, Bettinaglio, Brandenburger-Caderas, Brunold, Buchli, Bundi, Butzerin, Caluori, Candrian, Casutt, Collenberg, Della Cà, Derungs (Domat/Ems), Derungs (Lumbrein), Durisch, Dürler, Epp, Furger, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Heim, Heini, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kappeler, Kasper, Kienz, Koch, Kohler, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Lunghi, Luzio, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Metzger Biffi (St. Moritz), Michael (Donat), Mittner, Natter, Niederreiter, Patzen, Pfäffli, Rageth, Rauch, Righetti, Roffler, Rüegg, Saratz Cazin, Schneider, Schutz, Spagnolatti, Stocker, Ulber, von Tscharnèr, Wieland



Seduta del

17 giugno 2025

Comunicato il

19 giugno 2025

Protocollo n.

463/2025

Incarico Crameri

concernente l'accelerazione delle procedure per il rilascio della licenza edilizia

Risposta del Governo

La scarsità di alloggi in questione è dovuta a molti fattori, tra l'altro al fatto che pro capite viene consumata più superficie, ovvero che il numero di persone per economia domestica è in costante diminuzione. Il numero di economie domestiche cresce in misura maggiore rispetto alla popolazione. Secondo quanto previsto dalla LPT1, le zone edificabili devono essere dimensionate in modo conforme alle esigenze (ma ciò era già richiesto dal diritto federale prima della LPT1). Il Cantone cerca sempre di sfruttare quanto più possibile i margini di manovra e di lasciare ai comuni il maggior potere discrezionale possibile in ambito pianificatorio. Anche con la necessaria riduzione dovrebbe perciò essere a disposizione terreno edificabile a sufficienza, se i comuni mobilitano in modo sistematico le riserve. Per contro, opposizioni contro domande di costruzione vengono effettivamente presentate talvolta per motivi discutibili. In uno Stato di diritto questa situazione non può però essere evitata. La procedura di opposizione (art. 92 della legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni, LPTC; CSC 801.100, e art. 45 seg. dell'ordinanza sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni, OPTC; CSC 801.110) è disciplinata in conformità ai requisiti minimi sviluppati dalla giurisprudenza della massima autorità giudiziaria (domanda di costruzione, pubblicazione, diritto di opposizione). La licenza edilizia e la decisione su opposizione possono essere sottoposte a verifica da parte di un'istanza giudiziaria cantonale. Determinate costruzioni non sono soggette all'obbligo d'autorizzazione. La procedura semplificata per il rilascio della licenza edilizia in caso di progetti soggetti ad autorizzazione, ma subordinati, può essere svolta senza pubblicazione e modinatura. Conformemente alla legge sulla giustizia amministrativa (LGA; CSC 370.100), la procedura di ricorso dinanzi al Tribunale d'appello si basa sulle direttive del diritto federale e non fa distinzione tra edilizia e altri settori giuridici. Inoltre le prescrizioni edilizie contenute nella LPTC presentano una portata piuttosto limitata anche sotto il profilo materiale. Il numero ridotto di disposizioni (art. 72 – 84 LPTC e art. 36 – 39a OPTC) si limita ai settori che richiedono un'attuazione uniforme a livello cantonale. Nel complesso la LPTC e l'OPTC sono fortemente caratterizzate dalla preminenza dell'autonomia comunale. Considerata la scarsa densità normativa del diritto edilizio cantonale non appare probabile che una revisione della LPTC (e

della LGA) possa contribuire ad accelerare la procedura per il rilascio della licenza edilizia. Inoltre il diritto di rango superiore impone vincoli stringenti ai pochi adeguamenti ipotizzabili. Ad esempio, il Tribunale federale ha decretato illecito l'addebito delle spese agli opposenti. Inoltre, nemmeno una limitazione della legittimazione o dei motivi di ricorso sarebbe conciliabile con le garanzie procedurali. Solo la possibilità esistente di una via di ricorso interna al comune in materia edilizia potrebbe essere limitata dal Cantone. Ciò sarebbe però in contraddizione con l'autonomia organizzativa dei comuni (e vi sono solo pochi comuni che la prevedono). Per il resto, le procedure previste dalla LPTC si sono dimostrate valide. Nei Grigioni, le procedure di autorizzazione sono da sempre gestite in modo da rimanere il più snelle possibile; sono previste soltanto prescrizioni minime. Ai comuni viene lasciato il maggior margine di manovra possibile. Inoltre, il Cantone si impegna costantemente a ottimizzare i processi e le procedure per aumentarne la rapidità e l'efficienza. Tuttavia, in alcuni casi si registrano ancora ritardi, le cui cause possono essere complesse e non eliminabili attraverso prescrizioni di legge. Con l'introduzione della piattaforma eBau nel 2024 è stato compiuto un passo significativo verso una maggiore semplificazione delle procedure. È però ancora troppo presto per procedere a una valutazione dell'efficacia. Peraltro negli ultimi 20 anni non si sono verificati sviluppi tali da permettere ora agevolazioni che non siano già state prese in considerazione nella LPTC. Il Governo non ravvisa quindi alcuna utilità nel sottoporre la procedura di opposizione e di ricorso a un riesame. Tuttavia, conformemente alla sua proposta di accogliere l'incarico Derungs concernente misure di rapida attuazione per semplificare le prescrizioni edilizie nel Cantone dei Grigioni, il Governo esaminerà in particolare gli art. 40-61a OPTC nonché documenti interni quali istruzioni, ecc., con il coinvolgimento di diversi attori, anche della politica e dei comuni (ad es. nel quadro di workshop) e, se da tale esame dovessero risultare misure opportune ed efficaci per generare accelerazioni, adotterà e attuerà le misure corrispondenti. Qualora risulti che sia possibile prevedere, a livello comunale, una procedura di autorizzazione a due livelli, questa potrà naturalmente essere presa in considerazione. Dato che il presente incarico va oltre un tale esame e contiene argomentazioni sulle quali non è possibile influire, non è possibile raccomandarne l'accoglimento.

Sulla base di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin